

In der Diskussion wurde auf vielfältige Weise zum Ausdruck gebracht, daß jeder Bürger in unserer sozialistischen Gesellschaft eine gesicherte Zukunft hat und daß die Aufgaben und Probleme der Entwicklung des Staates und der Gesellschaft das Denken jedes einzelnen immer mehr ergreifen. Das gesellschaftliche Verantwortungsbewußtsein der Bürger, ihr Staatsbewußtsein und ihre gesellschaftliche Aktivität sind sichtbar gewachsen. Aus dem Stolz auf das aus eigener Kraft gemeinsam Geschaffene erwuchs eine breite Initiative zur Stärkung unserer Republik.

2. Die Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung gegenüber dem um zwei Zeitalter zurückgebliebenen imperialistischen Herrschaftssystem in Westdeutschland, die der Entwurf der neuen Verfassung sichtbar dokumentiert, wurde in der Volksaussprache nachdrücklich bestätigt. Die Werktätigen betonten in der Diskussion, daß die Deutsche Demokratische Republik die sozialistische Zukunft der ganzen deutschen Nation verkörpert. Nichts verbindet uns mit dem imperialistischen Bonner Regime — das wurde in der Aussprache immer wieder hervorgehoben —, alles verbindet uns mit den Arbeitern und anderen fortschrittlichen Kräften in Westdeutschland, die eines Tages mit uns gemeinsam die Vereinigung der beiden deutschen Staaten auf der Grundlage der Demokratie und des Sozialismus vollbringen werden. Der Entwurf der neuen, sozialistischen Verfassung und die demokratische Volksaussprache haben dazu beigetragen, das wahre Wesen des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems in Westdeutschland und den heuchlerischen Charakter der „neuen Ostpolitik“ aufzudecken. Zur gleichen Zeit, da in der Deutschen Demokratischen Republik die sozialistische Demokratie ihre Lebenskraft beweist, forcieren die Bonner Machthaber ihre Notstandspläne und praktizieren den offenen Polizeiterror, weil sie nur durch die Eskalation des Verfassungsverrats ihre Herrschaft aufrechterhalten können. Der Entwurf der neuen, sozialistischen Verfassung und seine Diskussion sind eine große Hilfe für die Arbeiterklasse und alle demokratischen Kräfte in Westdeutschland im Kampf für demokratische Veränderungen, gegen Notstandsdictatur und Aggressionspolitik. Entschieden verurteilten die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik den revanchistischen Kurs der Bonner Regierung und forderten von ihr die Bereitschaft zur Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten.

3. Die Diskussion des Verfassungsentwurfs hat gezeigt, daß die internationale Autorität der Deutschen Demokratischen Republik gewachsen ist. Ihre Souveränität und ihr Ansehen als deutscher Friedensstaat wurden sichtbar gestärkt. Im Ausland fanden die Erklärungen des Vorsitzenden des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, der Verfassungsentwurf und der Verlauf der Aussprache große Beachtung. Selbst die Gegner des Sozialismus konnten nicht an der erfolgreichen Bilanz unserer gesellschaftlichen Entwicklung vorbeigehen, die der Ausarbeitung des Verfassungsentwurfs zugrunde liegt. Die dem Frieden, dem Sozialismus und der Völkerverständigung verpflichtete Außenpolitik der DDR, deren Grundsätze im Verfassungsentwurf verankert sind, fand über die Grenzen unserer Republik hinaus großes Interesse und Zustimmung. Die Aufnahme dieser Grundsätze in den Verfassungsentwurf wurde in den sozialistischen Ländern, aber auch in westeuropäischen Staaten als Beitrag zur Schaffung einer stabilen Friedensordnung in Europa gewürdigt. Der im Entwurf niedergelegte Verfassungsauftrag zur Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und anderen sozialistischen Staaten wurde besonders in den befreundeten sozialistischen Ländern begrüßt und als bedeutsam für die Festigung des sozialistischen Internationalismus gewertet.